

Reiner Biegel **Syrien ein Jahr nach dem Tode Hafiz al-Assads**

Der junge Präsident konsolidiert seine Herrschaft

■ **Der Tod des Patriarchen der Nation**

Die Nachricht schlug wie ein Blitz ein. Mit tränenerstickter Stimme gab der Nachrichtensprecher des staatlichen syrischen Fernsehens am Nachmittag des 10. Juni 2000 den Tod von Präsident Hafiz al-Assad bekannt. Die Fernsehsender in den arabischen Staaten übertrugen wieder und wieder die Meldung vom Tod des „Löwen von Damaskus“ (die Bedeutung des arabischen Ausdrucks *al-Assad*), als ob das Unfassbare dadurch begreiflicher würde. Schon seit Jahren war über den Gesundheitszustand des Präsidenten spekuliert worden. Der 69-jährige litt an Krebs und Diabetes, war herzkrank und unternahm kaum noch Auslandsreisen. Dennoch kam sein Tod überraschend. Mit Hafiz *al-Assad* wurde ein Politiker zu Grabe getragen, der nicht nur sein Land, sondern die gesamte Nahostregion dreißig Jahre lang nachhaltig geprägt hat.¹⁾

Hafiz al-Assad war zu seinen Lebzeiten als Präsident in Syrien allgegenwärtig und ist es auch über seinen Tod hinaus. Er galt als der strenge Vater der Nation, der wusste, was gut und was schlecht für seine Landeskinder ist. Weder duldete er Kritik an seiner Person noch am politischen System. Dies führte zu einem für den außenstehenden Beobachter absurd anmutenden Personenkult, mit dem nur noch das kommunistische Nordkorea mithalten kann.²⁾ Selbst die durchaus eitlen Herrscher arabischer Staaten, vom irakischen Diktator Saddam Hussein einmal abgesehen, bleiben hinter der in Syrien praktizierten Idolatrie zurück.

Am 10. Juni 2000 starb überraschend Syriens Präsident Hafiz al-Assad im Alter von 69 Jahren. Sein Putsch 1970 beendete eine langjährige Periode der Instabilität. Er regierte das Land fast dreißig Jahre mit einer Mischung aus Schlaueit und eiserner Faust. Doch der Preis war hoch: die Führungsriege der Militärs, der Geheimdienste und der Baath-Partei stellte Stabilität und Sicherheit über alles. Die Folge waren Isolierung und Stagnation. Erstmals in der Geschichte der arabischen Welt folgte in einer Republik ein Sohn seinem Vater auf den Präsidententhron. Der junge Baschar al-Assad trat ein schweres Erbe an: er muss im Innern Reformen einleiten und außenpolitisch Syriens Anspruch als nahöstliche Regionalmacht untermauern.

1) Zur Biographie von Hafiz al-Assad vgl. Patrick Seale, *Assad of Syria. The Struggle for the Middle East*, London 1988; „Hafez el Assad est mort“, in: *Le Monde*, 10.6.2000; „Hafiz el-Assad: gewiefter Machttaktiker“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.6.2000; „Assad l'implacable“, in: *Le Monde*, 12.6.2000; „Autokrat jenseits des Golan. Syriens verstorbener Präsident Hafiz al-Assad“, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.6.2000; „Gewiefter Taktiker und Meister im Ränkespiel. Hafiz el Assad war ein kompromissloser Autokrat“, in: *Die Welt*, 13.6.2000; „Ni morale ni sentiment en politique, rien que des intérêts...“, in: *Le Monde*, 13.6.2000; „Akrobat der Regionalpolitik mit eisernem Willen. Hafiz al-Assad – „Vater aller Syrer“ für 30 Jahre“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 13.6.2000.

2) S. dazu die aufschlussreiche Studie von Lisa Wedeen, *Ambiguities of domination: politics, rhetoric, and symbols in contemporary Syria*, Chicago und London 1999; die Autorin weist unter Heranziehung psychoanalytischer Deutungsmuster darauf hin, dass selbst Na'isa al-Assad, die Mutter des verstorbenen Präsidenten, in die Ikonodulie der Familie al-Assad einbezogen wird. U.a. wird sie in einer sonnenähnlichen Aura dargestellt. Als Mutter (arab. Umm) von Hafiz al-Assad wird aber hauptsächlich die Konnotation mit der (panarabischen) Nation (arab. Umma) hergestellt.

Der verstorbene Präsident Hafiz al-Assad ist in Syrien omnipräsent. Überall im Land stößt der Besucher auf überlebensgroße Statuen, Gedenkstätten, Photos und Gemälde des toten Präsidenten. In väterlich-strenger Pose wird er als Führer dargestellt. Er wurde von der syrischen Propaganda sowohl zum größten Wissenschaftler als auch zum größten Apotheker (sic!) des Landes stilisiert. Mit letztem Ernst schenken aber nicht einmal eingefleischte Parteigänger von Hafiz al-Assad der unermüdlich verkündeten Staatsrhetorik Glauben.

■ Der Einfluss des syrischen Machtwechsels auf die arabischen Republiken

Der in Syrien erfolgte Machtwechsel vom Vater auf den Sohn stellt in der Geschichte der arabischen Welt einen einmaligen Vorgang dar. Zum ersten Mal führte ein arabisches Land vor, dass dies in einer republikanisch verfassten Ordnung möglich ist. Der Machtantritt von Baschar Al-Assad hat in der arabischen Welt für Aufsehen gesorgt. Insbesondere in der ägyptischen Presse wurden Parallelen zwischen den Vorgängen rund um den Machtwechsel in Syrien vom Vater auf den Sohn und in anderen arabischen Republiken, speziell in Ägypten, gezogen. Dies hängt damit zusammen, dass es in einigen arabischen Republiken eine lebhaft diskutierte Frage der Nachfolge der dort herrschenden Potentaten gibt.

Offensichtlich gibt es heute nicht mehr die ideologischen Scheuklappen aus der Hochzeit des Panarabismus der fünfziger und sechziger Jahre. Damals lieferten sich die sogenannten „progressiven“ arabischen Republiken, wie Ägypten unter Präsident Nasser, Srien und Irak unter den sich auch untereinander bekriegenden nationalistischen Baath-Regimen, wahre Propagandaschlachten mit den ihrer Meinung nach „erkonservativen“, mit dem Westen verbündeten Monarchien, allen voran Saudi-Arabien und Jordanien.

Vielmehr haben sich die arabischen republikanischen Systeme die Monarchien zum Vorbild genommen, wenn es darum geht, die eigene präsidial in der Verfassung verankerte Herrschaft in familiäre Erbhöfe zu verwandeln. Patronage, Vetternwirtschaft und Clandanken gelten zwar in arabischen Staaten durchaus als normal und sind kein neues Phänomen; dass

aber mittlerweile ganz offen die Söhne greiser Herrscher auf eine mögliche Nachfolge vorbereitet werden, wird nicht nur in den Staaten selbst aufmerksam registriert.

In Ägypten hat sich Präsident Hosni Mubarak, im Gegensatz zu den beiden früheren Präsidenten, die beide nach einer gewissen Amtszeit einen potenziellen Nachfolger als Vizepräsidenten präsentierten, bisher bedeckt gehalten. Über den Gesundheitszustand des mittlerweile 73-jährigen Präsidenten wird immer wieder spekuliert. Deshalb halten sich hartnäckig Gerüchte, dass Mubaraks ältester Sohn Gamal einmal die Rolle seines Vaters übernehmen soll. Bisher profitiert er als erfolgreicher Geschäftsmann vom Regime Mubaraks. Gerüchte wollen nicht verstummen, die besagen, es solle eine neue Partei gegründet werden, der hauptsächlich Geschäftsleute angehören sollen. Gamal Mubarak würde die Parteiführung übernehmen und somit auf elegante Weise auf das politische Parkett gehievt werden.

Iraks Diktator Saddam Hussein will laut Presseberichten im September 2001 sein Amt an seinen jüngeren Sohn Qusei übergeben³⁾. Sein älterer Sohn Uday wurde 1996 bei einem Attentatsversuch in Bagdad schwer verletzt und ist seitdem teilweise gelähmt. Auch in Libyen zirkulieren Gerüchte, Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi wolle seinem Sohn die Herrschaft sichern.

Die Region Nordafrikas und des Nahen Ostens verändert ihr Gesicht. 1999 verstarben nacheinander der jordanische König Hussein (63 Jahre), Isa Bin Salman al-Khalifa, Emir von Bahrain (65 Jahre), Marokkos König Hassan II. (70 Jahre) sowie Faisal (54 Jahre), der älteste Sohn des Königs Fahd von Saudi-Arabien.⁴⁾ Ihnen folgte eine neue Generation jüngerer Herrscher: in Marokko trat der damals 36-jährige Mohammed VI. die Nachfolge seines Vaters an. Der 37 Jahre alte Abdallah II. bestieg den Haschemitenthron in Jordanien und Scheikh Hamad Bin Isa al-Khalifa (50 Jahre) übernahm als Emir von Bahrain die Regierungsgeschäfte.

■ Erste „Erbrepublik“ in der arabischen Welt

Ursprünglich hatte Hafiz al-Assad seinen ältesten Sohn Basil als seinen Nachfolger auserkoren, doch

3) S. dazu: „Saddam übergibt die Macht an seinen Sohn“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.7.2001.

4) Vgl.: Thomas Koszinowski: „Republiken mit Erbfolge?“, in: *Orient-Journal*, Heft 1, Herbst 2000, S. 28-29; „Ein arabischer Trend zur Erbrepublik?“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.7.2000; „Der Generationswechsel in der arabischen Welt geht weiter“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.6.2000; Reiner Biegel: „Die alten und die neuen Pharaonen. Das Regime Mubarak nach dem Plebiszit vom 26. September 1999“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 10/99, S. 21-41.

Basil verunglückte 1994 bei einem Autounfall tödlich. Darauf beorderte der strenge Vater seinen Sohn Baschar aus London zurück, der dort eine Ausbildung zum Augenarzt absolvierte. Der zweitälteste Sohn wurde dann in Damaskus systematisch zum Nachfolger seines Vaters aufgebaut.⁵⁾ Im Schnelldurchgang absolvierte er die Militärakademie und wurde Kommandant der Präsidentengarde. Vater Hafiz beauftragte ihn mit diplomatischen Missionen. Unter anderem unternahm er mehrere Auslandsreisen und erhielt das außenpolitisch wichtige „Libanon-Dossier“. Innenpolitisch wurde der Augenarzt als „Doktor Saubermann“ aufgebaut, der sich dem Kampf gegen die weitverbreitete Korruption und das Missmanagement in Bürokratie und Staatsunternehmen verschrieb. Als Vorsitzender der syrischen Computergesellschaft präsentierte er sich als Modernisierer und führte Internet und Mobiltelefone in Syrien ein.

■ Planmäßiger Machtwechsel

Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Todes von Hafiz al-Assad lief die Übergabe des Präsidentenstabes auf Sohn Baschar al-Assad generalstabsmäßig ab.⁶⁾ Alles war bis ins Kleinste geplant, denn Eile war geboten. Die beiden jüngeren Brüder von Hafiz al-Assad, Djamil und Rifaat, intrigierten gegen ihren Neffen Baschar aus dem Ausland. Aus dem spanischen Exil hatte Rifaat wiederholt seine Ansprüche auf die Präsidentschaft angemeldet. Er war nach offener Opposition und mehreren Putschversuchen zuletzt im Februar 1998 von seinem Bruder Hafiz sämtlicher Partei- und Regierungsämter enthoben worden und musste das Land verlassen.⁷⁾ Zuletzt war es im Oktober 1999 in der nordsyrischen Hafenstadt Latakia zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen regulären Militäreinheiten und Rifaats Söldnern gekommen, als die Armee einen Privathafen Rifaats gewaltsam räumen wollte.

Schon Stunden nach der Meldung vom Ableben des Präsidenten änderte das Parlament im Eilverfahren den Artikel 83 der syrischen Verfassung und senkte das vorgeschriebene Mindestalter für die Bekleidung des Präsidentenamtes von 40 auf 34 Jahre, um dem am 11. September 1965 geborenen Baschar al-Assad umgehend die Machtübernahme zu ermöglichen. Am nächsten Tag erfolgte die Beförderung

- 5) Zur Biographie Baschar al-Assads vgl.: „Ein Unbekannter übernimmt das Zepter“, in: *Tages-Anzeiger*, 13.6.2000; „Bachar est un jeune homme remarquable, qui a de grands projets d'ouverture“, in: *Le Monde*, 13.6.2000; „Bachar, un fils lentement programmé pour la succession“, in: *Le Monde*, 13.6.2000; „Thronfolger“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.6.2000; „Nun schlägt die Stunde des Sohnes: Baschar El Assad, die Zukunft Syriens“, in: *Die Welt*, 13.6.2000; Bachar el Assad soll das Land führen. Doktor Saubermann – mit seinem Kampf gegen Korruption hat er sich auch Feinde gemacht“, in: *Der Tagesspiegel*, 13.6.2000; „Der ‚Doktor‘ als Präsident“, in: *Frankfurter Rundschau*, 28.6.2000.
- 6) S. dazu u.a.: „Starthilfe für Bachar al-Asad in Syrien. Zügige Nachfolgeregelung nach dem Tode von Hafez al-Asad“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 13.6.2000; „Asads letzter Coup“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 13.6.2000.
- 7) Vgl. Reiner Biegel: „Machterhalt im Hause Assad trotz Veränderungen?“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 2/2000, S. 37-65.

Baschars vom Obersten zum Generalleutnant und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Damit wurde die Armee auf den zukünftigen Präsidenten eingeschwo- ren.

Eine Woche nach Hafiz al-Assads Tod trat erst- mals nach 15 Jahren wieder der Kongress der regie- renden Baath-Partei zusammen. Zwar waren die Vorbereitungen dafür noch von Vater Hafiz ange- ordnet worden, aber durch dessen plötzlichen Tod bekam der Parteikongress als Testlauf für den jungen Baschar eine besondere Bedeutung. Die mehr als tau- send Delegierten wählten ihn einstimmig zum Gene- ralsekretär der Partei und bestimmten ihn zum einzi- gen Präsidentschaftskandidaten.

Am 10. Juli 2000 wurde Sohn Baschar mit 97,29 Prozent in einem Referendum als Staatspräsident von der Bevölkerung bestätigt.⁸⁾ Immerhin stimmten 22 439 Wähler der insgesamt 8,69 Millionen Wahlberechtig- ten mit Nein und rund 219 000 steckten einen ungül- tigen Stimmzettel in die Urne. Beim Vater lagen die Ergebnisse zwar immer zwischen 99,6 und 99,9 Pro- zent, trotzdem geriet das Referendum für den Präsi- dentensohn zu einer Huldigung, als Hunderte begeis- terter Wähler sich mit einer Nadel in den Finger stachen und auf dem Stimmzettel mit Blut ihre Zu- stimmung für den neuen Präsidenten zum Ausdruck brachten: „Blut und Seele opfern wir dir, Baschar!“ lautet der in Syrien überall zu hörende Ruf der Unter- stützung für den Nachfolger von Hafiz al-Assad.

Am 17. Juli 2000 legte Baschar al-Assad als 16. Prä- sident der Arabischen Republik Syrien im Parlament vor den 250 Abgeordneten seinen Amtseid ab.⁹⁾ In seiner Antrittsrede umriss Baschar al-Assad seine Vor- stellungen von innenpolitischen Reformen und einer syrischen Außenpolitik.

■ Alawitische Hausmacht

Die Familie al-Assad stammt aus dem kleinen Dorf Qardaha, im Küstengebirge (auch Alawiten-Gebirge genannt) in der Provinz Latakia gelegen. Sie gehört der heterodoxen schiitischen Sekte der Alawiten an, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung Syriens nur zwischen zehn und 15 Prozent beträgt. Die Sunniten, die mit rund 75 Prozent aller Syrer die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, bezweifeln die islamische Rechtgläubigkeit der Alawiten, die deshalb stets unter

8) S. dazu: „97 Prozent der Syrer wollen Baschar El-Assad“, in: *Berliner Zeitung*, 12.7.2000.

9) vgl. dazu: „Syriens Bachar al- Assad in Aufbruchstimmung“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 18.7.2000; „Baschar el Assad als Präsident Syriens vereidigt“, in: *Die Welt*, 18.7.2000; „Baschar al-Assad kündigt Reformen an. Neuer syrischer Staatschef bekräftigt bei Amts- antritt Anspruch auf Golan- Höhen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 18.7.2000; „Baschar al Assad als syrischer Präsident vereidigt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.7.2000.

Rechtfertigungsdruck stehen. Da während der französischen Mandats Herrschaft die einflussreichen sunnitischen Familien ihren Söhnen verboten, Militärdienst zu leisten, blieb diese Laufbahn fast ausschließlich den Alawiten vorbehalten. Ihr Anteil beim Militär und in den Geheimdiensten ist deshalb bis heute überproportional hoch.

Baschar al-Assad fand nach seiner Machtübernahme grundlegend andere Konstellationen vor als etwa der junge König Abdallah im benachbarten Jordanien. Die haschemitischen Herrscher kommen nicht aus Jordanien selbst, sondern aus dem im heutigen Königreich Saudi-Arabien gelegenen Hedschas. Außerdem kann Abdallah wie sein Vater Hussein seine Abstammung auf die Familie des Propheten Mohammed zurückführen und genießt somit auch eine gewisse religiöse Legitimation. Das haschemitische Königshaus stützt seine Herrschaft auf die Vertreter der verschiedenen traditionellen ethnischen (Beduinen, Tscherkessen) und religiösen (Sunniten, Christen) Gruppen des Landes. König Abdallah kann deshalb eher die alte Garde durch jüngere Vertreter dieser unterschiedlichen Gruppen ersetzen, ohne dadurch seine Machtbasis zu schmälern.

Baschar al-Assad muss als Angehöriger der Alawiten weitaus mehr Rücksichten nehmen.

Von der alten alawitischen Garde innerhalb der Armee und der Geheimdienste kann sich der junge Präsident nicht so einfach lösen, will er nicht inneralawitische Differenzen riskieren. Die Auseinandersetzungen mit den beiden jüngeren Brüdern des verstorbenen Hafiz al-Assad machten deutlich, dass sich der Clan der Al-Assads familieninterne Streitigkeiten nicht leisten kann, da dies Spannungen innerhalb der alawitischen Minderheit auslösen und unweigerlich zu ihrer Marginalisierung führen würde. Die sunnitischen Angehörigen des Militärs, bisher erfolgreich an das alawitische Regime kooptiert, würden dies als Schwäche interpretieren und könnten dem Präsidenten die Gefolgschaft verweigern. Die Entlassung einiger korrupter Militärs und Politiker unmittelbar nach der Machtübernahme Baschar al-Assads ist denn auch eher als Kosmetik zu interpretieren denn als durchgreifende Reformbemühungen.

Die alawitischen Söhne der zweiten Generation bevorzugen heute statt einer militärischen Laufbahn

eine finanziell lukrativere Karriere in der Wirtschaft. Da die alte Garde der Alawiten nicht bereit ist, Macht und Einfluss zu teilen, wird es hier zu Verteilungskämpfen kommen.

Auch bei den syrischen Gastarbeitern, die für Niedriglöhne im benachbarten Libanon vor allem Tätigkeiten mit geringer Qualifikation ausüben, ist der Anteil der Alawiten überproportional hoch.

Noch bevor Baschar al-Assad von seinem Vater aus London nach Damaskus zurückgerufen wurde, um sich auf das Präsidentenamt vorzubereiten, lernte er in London die aus reichem Hause stammende Bankanalytikerin Asma al-Achras kennen, die im letzten Jahr sechs Monate im Bankhaus J. P. Morgan in Frankfurt gearbeitet hatte.¹⁰⁾ Die Bekanntgabe der Heirat im Frühjahr 2001 mit der 26-jährigen weltgewandten Sunnitin wird von Kennern der politischen Szene Syriens auch als kluger Schachzug interpretiert, um das Misstrauen der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber der alawitischen Minderheit abzubauen und die Kooptation der Sunniten in das alawitische Regime zu verstärken.

■ Immenser Reformbedarf

Die Politik der Abschottung nach außen und die Unbeweglichkeit des politischen Systems im Innern führten zu einer umfassenden Stagnation der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen.

Erstes Hauptproblem Syriens ist das hohe Bevölkerungswachstum von rund drei Prozent pro Jahr.¹¹⁾ Die Bevölkerung des Landes ist extrem jung: 45 Prozent der rund 16 Millionen Syrer sind jünger als 15 Jahre. Damit verbunden sind enorme Herausforderungen in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt sowie notwendige Investitionen in die Basisinfrastruktur, insbesondere in den Wohnungsbau. Jährlich drängen 200 000 bis 250 000 junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt. Seit Mitte der neunziger Jahre konnte der Hauptarbeitgeber, der öffentliche Sektor, aber nur rund 20 000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen. Selbst wenn es gelingt, wie vorgesehen, für das Jahr 2001 rund 65 000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor zu schaffen, ist dies mittelfristig zu wenig. Dabei bleibt sogar der Anstieg der Zahl weiblicher Beschäftigter unberücksichtigt.

10) S. dazu: „Das neue Image heißt Asma“, in: *Der Tagespiegel*, 10.7.2001 sowie: *Der Spiegel*, Nr. 28, 2001.

11) Vgl. dazu: Volker Perthes: „The Political Economy of the Syrian Succession“; in: *Survival*, Bd. 43, Nr. 1, 2001, S. 143-154; Ferhad Ibrahim: „Syrien nach Hafiz al-Assad: Zwischen Kontinuität und Wandel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49, 2000, S. 22-30.

Die von der Baath-Partei verordnete ideologische Kontrolle im Bildungswesen führte an den Universitäten des Landes zu völligen Verkrustungen im Wissenschaftsbetrieb. Die zusätzliche Abschottung nach außen schränkte für die syrischen Akademiker den wissenschaftlichen Austausch auf internationaler Ebene stark ein.

Zweitens bleibt Syrien extrem abhängig vom Verkauf von Ölderivaten, die in der Zukunft eher abnehmen werden. 60 bis 70 Prozent der Exporte und 40 bis 50 Prozent der Staatseinnahmen hängen vom Öl ab. In der nächsten Dekade wird Syrien aufgrund sich erschöpfender Ölvorräte Nettoimporteur von Öl werden.

Drittens besteht die Gefahr einer weiteren wirtschaftlichen Stagnation und eines Anstieges des Handelsbilanzdefizites, wenn nicht außerhalb des Ölsektors andere Einkommensquellen geschaffen werden. Ausgehend von der Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum unterhalb des Bevölkerungswachstums bleiben wird, kommen auf den Staatshaushalt enorme Kosten zu, die dringend durchgreifende Wirtschaftsreformen und eine technologische Modernisierung notwendig machen. Dazu braucht Syrien in- und ausländische Investitionen. Das Investitionsklima ist allerdings alles andere als günstig. Dreißig Jahre Isolation und Herrschaft einer Staatsklasse haben dazu geführt, dass Syrien mit seinen Nachbarn Jordanien und Libanon auf absehbare Zeit nicht konkurrieren kann.

Schließlich ist der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten in den letzten Jahren ständig gesunken. Aufgrund fehlender effizienter sozialer Sicherungssysteme ist die Armut weiter gestiegen. Diese bedroht somit auch die innere Stabilität des Landes. Die Regimeelite ist sich bewusst, dass Wirtschaftswachstum induziert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Dies ist nur möglich durch eine wirtschaftliche Liberalisierung. Nach ägyptischem Vorbild wurde 1991 ein neues Investitionsgesetz erlassen, das eine wirtschaftliche Öffnung nach sich ziehen sollte. Da der Staat aus ideologischen und sicherheitspolitischen Gründen bei der Privatisierung der Wirtschaft aber zumindest auf einer Minderheitsbeteiligung (z.B. im Bankensektor) besteht, bleibt die Privatisierung ineffizient.

Verheerend wirkte sich die beharrliche Weigerung der syrischen Führung aus, sich der weltweiten Kom-

munikationsrevolution anzuschließen. Syrien verbot zur Wahrung der inneren Stabilität lange den Zugang zum Internet sowie die Einführung des mobilen Telefons. Das Land hat mit durchschnittlich 1,7 Personalcomputern pro 1000 Einwohnern die geringste Anzahl von Computern im Vergleich zu allen Nachbarländern. Während das Golfemirat Bahrain sich zu einem attraktiven IT-Standort entwickelt hat, wurden in Syrien gerade erst zwei private Mobiltelefongesellschaften zugelassen.

Hassan Nouri, der noch vom verstorbenen Präsidenten Hafiz al-Assad berufene Staatsminister für administrative Entwicklung, nennt sieben strategische Aufgaben zur Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung:¹²⁾

- Ausbildung neuer Führungskräfte für die Regierung;
- Aus- und Fortbildung von Führungskräften für die Wirtschaft;
- Entwicklung von präzisen Arbeitsplatzbeschreibungen für Führungskräfte;
- Entwicklung neuer IT-Projekte;
- Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen;
- Effizienzsteigerung privater und staatlicher Institutionen;
- Sonderprogramme.

■ **Wirtschaftsreformen haben Vorrang**

Es ist davon auszugehen, dass die syrische Führung keine andere Wahl hat, will das Land Mitglied der von der EU angestrebten Mittelmeer-Freihandelszone bis 2010 werden, als Reformen einzuleiten. In Gesprächen mit syrischen Wirtschaftsfachleuten wird deutlich, wie dies geschehen soll.¹³⁾ Nabil Sukkar, einer der einflussreichsten Kenner der syrischen Wirtschaft und Gründer der ersten privaten Consulting-Firma für Wirtschaftsberatung, präferiert ein „chinesisches Modell“: Liberalisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Beibehaltung des autoritären politischen Systems. Er verweist auf die negativen Entwicklungen in Algerien, wo zunächst eine politische Liberalisierung eingeleitet worden sei: die Zulassung politischer Parteien und einer regierungskritischen Presse sowie weitgehend freie Wahlen hätten das Land ins Chaos gestürzt. Allerdings sollte die Zivilgesell-

12) Im Gespräch mit dem Verf. am 9.5.2001 betonte Hassan Nouri, er sei der erste aus der Privatwirtschaft kommende Minister und nicht Mitglied der regierenden Baath-Partei. Zuvor war er Präsident der syrischen Industrie- und Handelskammer.

13) Gespräch mit dem Verf. am 10.5. 2001; s. dazu auch: „Öffnung im Schnecken-tempo“, in: *Tagesanzeiger*, 12.7.2001.

schaft, zu der er Nichtregierungsorganisationen sowie politische und wissenschaftliche Think Tanks rechnet, ebenfalls liberalisiert werden. In der Wirtschaft müssten der öffentliche und der private Sektor zueinander in Konkurrenz treten. Hier täte, laut Sukkar, mehr Markt der syrischen Wirtschaft gut.

Der junge Präsident Baschar al-Assad war schon zu Lebzeiten seines Vaters Hafiz als dynamischer Reformler und politischer Saubermann aufgebaut worden. In seiner ersten Rede vor dem Parlament anlässlich seiner Amtseinführung hat Baschar al-Assad durchgreifende Reformen in Politik und Wirtschaft versprochen. Zunächst sah es auch so aus, als wolle er diese Versprechen zügig umsetzen: Amnestie für politische Gefangene, deren Existenz zuvor immer geleugnet worden war, mehr Freiheiten für die Zivilgesellschaft und Wirtschaftsreformen. Unmittelbar nach seinem Machtantritt bildeten sich Dutzende politischer Diskussionszirkel, die in Privathäusern und in den Domizilen ausländischer Kulturinstitute Veranstaltungen organisierten, die Tausende von Menschen anzogen.

Zunächst beteiligte sich auch die regierende Baath-Partei als Vertreterin der Staatsmacht an den Veranstaltungen und verteidigte ihre politische Linie. Dabei wurde sogar über die Gründung und Zulassung politischer Parteien diskutiert. Doch der politische Frühling währte nur kurz. Im Februar 2001 wurden die Diskussionszirkel praktisch aufgelöst. Die Veranstaltungen mussten nun unter Angabe der zu behandelnden Themen und der Nennung der genauen Anzahl der Teilnehmer vorher schriftlich angemeldet und zur Genehmigung den Sicherheitsbehörden vorgelegt werden. Dies kam einem Verbot gleich. Wie in der Volksrepublik China wird auch in Syrien von der Staatsmacht entschieden, was von Intellektuellen diskutiert werden darf und wie weit die Freiräume gesteckt werden.

In seiner Antrittsrede erteilte der neue Präsident der Einführung einer Demokratie westlichen Zuschnitts eine klare Absage: „Unsere Nationale Progressive Front (d.h. der Zusammenschluss aller Parteien unter der Führung der Baath-Partei) basiert auf einem demokratischen Modell, das im Rahmen unserer eigenen Erfahrungen entstanden ist. Sie spielte

eine fundamentale Rolle in unserem politischen Leben und zur Bewahrung unserer nationalen Einheit“.¹⁴⁾

Der neue Präsident betonte im Zusammenhang mit den innenpolitischen Umgestaltungen die Reform der Verwaltung und den Abbau des bürokratischen Apparates.

14) Rede, abgedruckt in:
Tischrin, 18.7.2001.

■ **Neuer Präsident – neue Außenpolitik?**

Gerade am Beispiel Syriens kann die enge Verschränkung von Innen- und Außenpolitik eines arabischen Landes deutlich gemacht werden. Stabilität nach Innen wird unter anderem garantiert durch einen komplementär praktizierten außenpolitischen Kurs. In der Regional- und Friedenspolitik unterstrich Baschar al-Assad die besonderen Beziehungen zum Libanon und die Bereitschaft Syriens, Frieden mit Israel zu schließen, wenn die Grenzen vom 4. Juni 1967 als Grundlage für einen Friedensvertrag von Israel akzeptiert würden.

Syrien spielt als Regionalmacht im nahöstlichen Kräftespiel eine wichtige Rolle. Auf der einen Seite stößt Syrien mit einer gemeinsamen Grenze auf dem Golan direkt an Israel und muss schon deshalb in die Friedensverhandlungen einbezogen werden. Auf der anderen Seite unterhält Syrien gute Verbindungen zu jenen Staaten, die sich einer Normalisierung der Beziehungen mit Israel entweder gänzlich verweigern oder sie zumindest mit Misstrauen betrachten. Dazu zählen vor allem Irak und Iran, aber auch Saudi-Arabien. Die Beziehungen zwischen Irak und den Golfstaaten auf der Arabischen Halbinsel bleiben nach der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen nachhaltig gestört.

Syrien kommt deshalb regionalpolitisch eine wichtige Katalysatorfunktion zu, die sie aktiv zu nutzen sucht. Baschar al-Assad hat während seiner nun einjährigen Herrschaft eine rege Reisediplomatie entfaltet.

Außenpolitisch hat er aber mit seinen anlässlich des Papst-Besuches in Syrien vom Mai 2001 gemachten antijüdischen Äußerungen besonders im Westen viel Kredit verspielt und in Israel empörte Reaktionen geerntet. Obwohl er umgehend versicherte, seine Äußerungen seien völlig missverstanden worden, sah sich der junge syrische Präsident bei seinen Staatsbesuchen in Frankreich und Deutschland im Juni und

Juli 2001 massiver Kritik seitens seiner Gastgeber und nationaler jüdischer Organisationen ausgesetzt. Trotzdem verteidigten sowohl der französische Staatspräsident Chirac als auch Bundeskanzler Schröder die Staatsvisiten Baschar al-Assads in Frankreich und Deutschland. Man dürfe den Gesprächsfaden auch mit offensichtlichen Diktatoren nicht abreißen lassen, hieß es zu der allgemein geäußerten Kritik an den beiden Staatsbesuchen des syrischen Präsidenten übereinstimmend in Paris und Berlin.

■ **Israel: neue Eiszeit zwischen den Erzfeinden**

Um die Jahreswende 1999/2000 schien zwischen den Erzfeinden Syrien und Israel das Eis zu schmelzen. Unter aktiver Teilnahme des amerikanischen Präsidenten Clinton trafen erstmals der syrische Außenminister Faruk al-Scharaa und der israelische Ministerpräsident Ehud Barak nahe Washington zusammen, um über eine Normalisierung der frostigen Beziehungen zu verhandeln. Doch die Gespräche endeten ohne greifbare Ergebnisse. Auch ein Treffen Clintons mit dem damals schon kränkelnden syrischen Präsidenten Hafiz al-Assad im März 2000 in Genf brachte nicht die erhofften Resultate. Syrien, so ließ der „Löwe von Damaskus“ verlauten, bestehe auf einem vollständigen israelischen Rückzug vom Golan, danach könne man weiter verhandeln. Dazu war Israel nicht bereit, ohne im Gegenzug entsprechende syrische Sicherheitsgarantien zu erhalten.

Auch der neue Präsident dürfte es bei der Wiedererlangung der syrischen Souveränität über den Golan nicht eilig haben, zumal es schon sein Vater Hafiz in knapp 30-jähriger Amtszeit nicht geschafft hat, dieses Ziel zu erreichen. Für Syrien zählt hier vor allem das Prinzip der Reziprozität, das heißt die absolute Gleichbehandlung beider Verhandlungspartner. Syrien würde nie einem Frieden mit Israel zustimmen, wenn es dabei einseitig Zugeständnisse machen müsste.

Um einen Frieden mit Israel innenpolitisch durchsetzen zu können, braucht der Präsident die Zustimmung der mächtigen Militärs und Geheimdienste. Die aktuelle Nahost-Krise hat deren Position aber eher gestärkt. Wer durch das Land fährt, stößt östlich von Damaskus auf eine waffenstarrende syrische Wüste: im Abstand weniger Kilometer reihen sich an

der Hauptverbindungsstraße zwischen der syrischen Hauptstadt und der irakischen Grenze provisorisch anmutende, mit Stacheldrahtverhau gesicherte Militärlager wie Perlen an einer Schnur.

Ein eigenmächtiges Vorgehen, wie es der ägyptische Präsident Sadat mit seiner Reise nach Jerusalem, seiner Rede vor der Knesset und dem anschließenden Friedensvertrag mit Israel demonstriert hat, würde für Baschar al-Assad politischen Selbstmord bedeuten. Letztendlich hat auch Sadat seinen Alleingang mit dem Leben bezahlen müssen, als ihn islamistische Offiziere bei einer Truppenparade erschossen.

Für Beobachter der Region kamen deshalb die scharfen Töne des Präsidenten gegenüber Israel und seine Kritik am Friedensprozess bei den arabischen Gipfelkonferenzen in Kairo und Amman im Frühjahr 2001 keineswegs überraschend. Er muss als junger Löwe nach außen laut brüllen, um sich innenpolitisch genügend Bewegungsfreiheit zu verschaffen und in Ruhe seine Hausmacht konsolidieren zu können.

Ausländische Diplomaten in Damaskus beurteilen die Aussichten auf bessere Beziehungen zwischen Israel und Syrien äußerst pessimistisch. Noch vor einem Jahr sei in der syrischen Bevölkerung wenigstens der Wunsch nach einer Normalisierung der syrisch-israelischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht worden. Davon könne im Frühjahr 2001 keine Rede mehr sein. Das Verhältnis beider Völker sei völlig gestört. Es herrsche abgrundtiefer Hass. Dies hänge auch damit zusammen, dass es in arabischen Staaten keine Kultur der Friedenserziehung gebe.

Die Bombardierung einer syrischen Radarstation im Libanon durch israelische Militärjets im Frühjahr 2001 hat die notwendige Normalisierung der syrisch-israelischen Beziehungen auf absehbare Zeit zusätzlich erschwert.

■ **Libanon: Neuanfang der Beziehungen durch Truppenabzug?**

Seit 25 Jahren stehen syrische Truppen im Libanon. Der 1975 in der Zedernrepublik ausgebrochene blutige Bürgerkrieg (1975-1990), der während verschiedener zeitlicher Phasen ganz unterschiedliche Koalitionen und Zweckbündnisse hervorbrachte, veranlasste Hafiz Al-Assad ein Jahr nach Ausbruch der Auseinander-

setzungen, syrische Truppen in das arabische Nachbarland zu entsenden. Es genügte dem syrischen Präsidenten Hafiz al-Assad nicht länger, im Libanon nur einen Stellvertreterkrieg führen zu lassen. Das Ergebnis der Präsenz syrischer Truppen im Libanon ist zwiespältig: einerseits wäre das in der saudi-arabischen Stadt Taif ausgehandelte Friedensabkommen, das den Bürgerkrieg 1989 beendete, ohne die Stationierung der syrischen Armee im Libanon nicht durchzusetzen gewesen, andererseits verlor der Libanon de facto seine Souveränität. Denn ursprünglich sollten die Syrer mit dem Abschluss des Friedensvertrages von Taif den Libanon zwei Jahre später verlassen, doch sie blieben zwölf Jahre.

Hinzu kam die Besetzung einer von den Israelis reklamierten „Sicherheitszone“ im Südlibanon, die der vormalige israelische Ministerpräsident Ehud Barak anlässlich der vorletzten israelischen Parlamentswahlen im Falle eines Wahlsieges zu räumen versprach. Im Mai 2000 machte Barak sein Versprechen wahr und zog sämtliche israelischen Truppen aus dem Südlibanon zurück. Mittelfristig setzte die israelische Entscheidung auch Syrien unter Zugzwang. Es war abzusehen, dass die unterschiedlichen libanesischen Bevölkerungsgruppen die syrische Truppenpräsenz nicht länger hinzunehmen bereit waren.

Besonders den libanesischen Christen war die Besetzung libanesischen Territoriums durch syrische Einheiten von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie argwöhnten stets, die syrischen Truppen würden nur zugunsten der Muslime, insbesondere der schiitischen Hiszbollah, Partei ergreifen. Einer der prominentesten Kritiker der syrischen Militärpräsenz im Libanon ist seit vielen Jahren Patriarch Nasrallah Sfeir, Oberhaupt der mit Rom unierten maronitischen Christen im Libanon. Seine Kritik an den Syrern ging soweit, dass er sich gar weigerte, anlässlich des Papst-Besuches in Syrien nach Damaskus zu reisen, um dem Oberhaupt der katholischen Kirche seine Reverenz zu erweisen.¹⁵⁾

Als schließlich sogar im November 2000 der Druzenführer Walid Jumblatt, ein langjähriger treuer Verbündeter des verstorbenen Hafiz Al-Assad, die andauernde syrische Präsenz im Libanon kritisierte, schien selbst der junge Baschar al-Assad, schon von seinem Vater seit Mitte der neunziger Jahre mit dem

15) Nasrallah Boutros Sfeir ist Patriarch der mehr als eine Million Maroniten und Primas der libanesischen Katholiken. Der heute 71-jährige Kirchenfürst wurde 1994 von Papst Johannes Paul II. zum Kardinal ernannt und gilt als einer der schärfsten Kritiker der syrischen Militärpräsenz im Libanon; s. dazu: „Der Libanon muss sich von der syrischen Dominanz befreien“. Kardinal Nasrallah Sfeir fordert Eigenständigkeit“, in: *Die Welt*, 19.6.2001.

„Libanon-Dossier“ betraut, einzusehen, dass die syrische Besetzung des Libanon nicht länger zu halten war.

Der israelische Truppenabzug aus dem Südlibanon im Mai 2000, die Machtübernahme von Baschar al-Assad im Juni des gleichen Jahres und die wachsende Kritik der libanesischen Bürgergesellschaft, personifiziert im maronitischen Patriarchen Sfeir, führten dazu, dass doch etwas überraschend für die meisten Beobachter Präsident Baschar al-Assad anordnete, die syrischen Truppen aus Beirut abzuziehen und in die Bekaa-Ebene zu verlegen.¹⁶⁾ Dabei wurde von den Libanesen aufmerksam der syrische Rückzug aus den vornehmlich von Christen bewohnten Stadtteilen Beiruts registriert.

■ Irak: Die feindlichen Baath-Brüder kommen sich näher

Syrien spielt als Regionalmacht im nahöstlichen Kräftefeld eine wichtige Rolle. Das Land pflegt gute Beziehungen sowohl zu den Golfstaaten, insbesondere zu Saudi-Arabien, als auch zum Iran. Die Beziehungen zum Irak, wo, wie in Syrien, ein Zweig der nationalistischen Baath-Partei regiert, waren in der Vergangenheit durch die einseitige Parteinahme Syriens für den Iran während des ersten Golfkrieges schwer belastet. Auch nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak schlug sich Syrien im zweiten Golfkrieg auf die Seite der Alliierten, darauf hoffend, dass die Teilnahme Syriens bei der Befreiung Kuwaits auf Seiten der Amerikaner, Europäer und der übrigen arabischen Staaten anschließend finanziell honoriert würde. Diese Rechnung ist zumindest aufgegangen, auch wenn die Finanzhilfen bei weitem nicht ausreichten, die marode syrische Wirtschaft zu sanieren.

Die gemeinsamen Interessen in der Wasserfrage ließen die beiden verfeindeten Baath-Regimes Mitte der neunziger Jahre wieder näher zusammenrücken. Die einträchtige Ablehnung der türkischen Wasserbaupläne an den Oberläufen von Euphrat und Tigris veranlassten Damaskus und Bagdad zu vereintem Handeln. Für beide Staaten sind die Fremdflüsse Euphrat und Tigris, die zum überwiegenden Teil durch deren Hoheitsgebiet fließen, für die Bewässerung ihrer landwirtschaftlichen Flächen und die Versorgung ihrer Bevölkerungen mit Nahrungsmitteln von größter Bedeutung.

- 16) „Die Libanesen wollen los vom syrischen Gängelband“, in: *Tages-Anzeiger*, 6.6.2001; „Syrier gehen, Syrer bleiben“, in: *Der Tagesspiegel*, 16.6.2001; „Abzug syrischer Truppen aus Beirut. Späte Umsetzung des Abkommens von Taif“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.6.2001; „Syrien zieht Truppen ab“, in: *Tages-Anzeiger*, 18.6.2001; „Syriens Truppen verlassen Beirut“, in: *Berliner Zeitung*, 19.6.2001; „Syrien zieht Truppen aus Beirut ab“, *Süddeutsche Zeitung*, 19.6.2001.

17) S. dazu: „Pressure points. Syria moves closer to Iraq to get what it wants“, in: *Cairo Times*, 31.5.-6.6.2001.

Mit der syrisch-irakischen Annäherung verbindet Präsident Baschar al-Assad machtpolitisches Kalkül.¹⁷⁾ Eine Stärkung der irakischen Position und eine gleichzeitige Überwindung der irakischen Isolierung innerhalb des arabischen Lagers ist weder im Sinne Ägyptens noch Saudi-Arabiens. Ägyptens Präsident Mubarak kann an einer Verschärfung des Nahostkonfliktes nicht gelegen sein. Ihm sind durch den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag die Hände gebunden. Beim Besuch des syrischen Präsidenten in Kairo am 16. Mai 2001 versuchte Mubarak vergeblich, seinen jüngeren syrischen Amtskollegen zu einer realistischen Haltung gegenüber Israel zu bewegen. Beide arabischen Länder wären bei einem Waffengang gegen die überlegenen israelischen Streitkräfte chancenlos. Nur durch beharrliche Verhandlungen mit Israel unter Einschluss der Amerikaner, so die Überzeugung des ägyptischen Präsidenten, sei ein für alle Seiten akzeptabler Frieden im Nahen Osten zu erreichen.

Baschar al-Assad muss sich aber innenpolitisch der alten Falken in der syrischen Armee erwehren. Gibt er Verhandlungen mit Israel den Vorzug, wird er auf den entschiedenen Widerstand der alten Garde in der Armee stoßen. Damit wäre seine Machtposition akut gefährdet, wenn ihm die Offiziere nicht mehr folgen. Seine Annäherung an den Irak betrachtet der junge Präsident deshalb als Druckmittel gegenüber den anderen arabischen Staaten und den Amerikanern, um seine innen- und außenpolitische Position zu stärken.

Die Ankündigung, die syrisch-irakische Grenze wieder zu öffnen, kam just in einem Moment, in dem die Vereinigten Staaten einen erneuten Vorstoß machten, die Sanktionen gegen den Irak durchzusetzen. Ein hoher Vertreter des State Department bezeichnete in einem Interview mit der in London verlegten arabischen Zeitung *Al-Hayat* am 26. Mai 2001 die völlige Öffnung der syrisch-irakischen Grenze als „gefährliches Spiel“. Die Öffnung der syrisch-irakischen Grenze hätte für das chronisch devisenschwache Syrien weitere Vorteile. In den vom Embargo betroffenen Irak könnten auf dem syrischen Landweg Güter in das Nachbarland transportiert werden. Im Gegenzug erhielte Damaskus über die durch Syrien verlaufende Pipeline irakisches Öl zu einem deutlich günstigeren Preis als auf dem Weltmarkt.

■ Iran: Damaskus bleibt das offene Fenster in die arabische Welt

In der überdachten Marktstraße des Suq Al-Hami-diyeh, der direkt auf die im Herzen der Altstadt gelegene Omayyaden-Moschee aus dem 7. Jahrhundert zuführt, herrscht großes Gedränge. Hier dominieren nicht etwa westliche Touristen, sondern schwarz gekleidete Frauen mit dem traditionellen Tschador. Es handelt sich um straff organisierte Gruppen aus dem Iran. Schilder an der Brust weisen darauf hin, welche Personen zusammen gehören. Mit Megaphonen und Mikrofonen ausgerüstet ziehen die Pilger, angeführt von einem Vorsänger und religiöse Lieder anstimmend, in den großen Hof der Moschee ein. Auf den ersten Blick wird deutlich, dass es sich um schiitische Pilgergruppen handelt: die Hand zur Faust geballt, schlagen sie sich rhythmisch auf die linke Brust und rufen den Namen Allahs. Fahnen werden geschwenkt. Außer den Iranern sieht man auch libanesischen Gruppen, die mit der Fahne der Zedernrepublik den Innenhof bevölkern. Auch sie sind Schiiten aus dem Südlibanon.

Für die schiitischen Pilger aus dem Iran dient die Omayyaden-Moschee als Ersatz für die heiligen Stätten im Irak, die sie aufgrund der gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern seit dem ersten Golfkrieg noch immer nicht besuchen können. Die schiitische Variante des Islam ist eine Märtyrerreligion. Hier in Damaskus besuchen die Pilger nicht etwa nur das Mausoleum Johannes des Täufers, der auch im Islam große Verehrung genießt, sondern hier wird in der Moschee des Siegers an das Martyrium Alis, des letzten der vier „rechtgeleiteten“ Kalifen und Schwiegersohn des Propheten, das seines Sohnes Hussein und deren Parteigänger (arab. Schia), gedacht, die von den Omayyaden im Kampf um die Nachfolge des Propheten Mohammed besiegt und getötet wurden.

Das mehrheitlich sunnitische Syrien ist für die schiitische Mullah-Republik das einzige offene Fenster in die arabische Welt. Seit sich im ersten Golfkrieg Syrien als einziges arabisches Land auf die Seite des Iran geschlagen hatte, sind die politischen Beziehungen beider Staaten geradezu freundschaftlich. Dies wirkt sich auch auf den Reiseverkehr aus. Die Iraner

sind nicht nur als Pilger in Damaskus willkommen, sondern vor allem als Konsumenten. Die iranischen Besucher bringen die bei den westlichen Ausländern so beliebten persischen Teppiche nach Damaskus, die sie bei den zahlreichen Teppichhändlern im Basar von Damaskus zu Geld machen. Im Gegenzug wird es anschließend von den Iranern vor allem für billige, in Syrien produzierte Textilien ausgegeben, um die gesamte Familie neu einzukleiden.

■ **Ausblick: Wandel ohne Brüche**

Als Regionalmacht hat Syrien nach dem Tod von Hafiz al-Assad an Einfluss verloren. Die schwindende Bedeutung Syriens hatte sich schon zu Lebzeiten des „Löwen von Damaskus“ abgezeichnet. Auf dem Feld der Außenpolitik konnte Hafiz al-Assad in seinen letzten Lebensjahren kaum noch Erfolge vorweisen. Trotz aller Anstrengungen war es ihm nicht gelungen, weder den Golan von Israel zurückzugewinnen noch regionalpolitisch syrische Interessen durchzusetzen.

Der junge Präsident Baschar al-Assad wird noch geraume Zeit benötigen, um sich innenpolitisch zu konsolidieren und in Ruhe seine Hausmacht aufzubauen. Dies hat für ihn zunächst absolute Priorität. Allerdings kann er die Außenpolitik nicht völlig vernachlässigen, da die mächtige Elite der Militärs und der Geheimdienste nicht tatenlos zusehen wird, sollte Baschar al-Assad wichtige sicherheitsrelevante Bastionen aufgeben wollen. Dazu gehört auch ein Friedensvertrag mit dem Erzfeind Israel, den die syrische Militärelite zum jetzigen Zeitpunkt strikt ablehnt.

Baschar al-Assad wird alles daran setzen, um Syrien wieder als arabische Regionalmacht aufzubauen. Um aber die dazu notwendige Unterstützung auch aus dem Westen, sei es aus den USA, sei es aus Europa, zu erhalten, muss er aber erst unter Beweis stellen, dass er ein berechenbarer Akteur in dem ohnehin gefährlichen Minenfeld des Nahen Ostens ist. Die westliche Staatengemeinschaft erwartet dafür aber auch innenpolitische Reformen in Richtung Demokratie und Pluralismus. Danach sieht es im Augenblick jedoch nicht aus.

Das Manuskript wurde am 26. Juli 2001 abgeschlossen.